

Social-Demokrat.

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Organ des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins.

Redaction und Expedition: Berlin, Dreßdnerstraße Nr. 85.

Redigirt von J. B. v. Hoffstein und J. B. v. Schweiger.

Abonnements-Preis für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 18 Sgr., monatlich 6 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den Königl. preussischen Postämtern 22 1/2 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 18 1/4 Sgr., im übrigen Deutschland 1 Tblr. (fl. 1. 45. südd., fl. 1. 50. österr. Währ.) pro Quartal.

Bestellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition, von jedem soliden Expeditur, von der Express-Compagnie, Scharenstr. 1, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. Inserate (in der Expedition anzugeben) werden pro dreizehnpaltige Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bender, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.

Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulée; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

Politischer Theil.

Berlin, 11. Juli.

Der Despotismus in Kurhessen hat eine Höhe erreicht, deren Möglichkeit im 19. Jahrhundert, inmitten des civilisirten Europa's, nur aus der grenzenlosen Geduld des deutschen Volkes erklärbar ist. Es liegen Thatsachen vor, die so unerhört, so schmachvoll sind, daß ihnen gegenüber jeder Parteiunterschied verschwinden sollte, und wenig Ehre in der That macht es den conservativen Presseorganen, daß sie kein Wort des Tadel's gegen jene Vorgänge haben.

Scharfzeichnend für die politischen Zustände Deutschlands ist, was dort sich zugetragen und noch sich zuträgt, und sehr mit Recht schreibt in einem längeren Leitartikel die „Bresl. Ztg.“:

Unter all' den grauenvollen Erinnerungen der Geschichte unseres Vaterlandes erschallt eine besonders auch das durch und durch verhörrte Herz; das Gland der durch den schwedischen General Steinbock vertriebenen Altonaer. Die Feinde Karl's XII. von Schweden hatten in Pommern ärger gewirkt, denn asiatische Barbaren; und General Steinbock befohl ein Crempel zu statuiren, um die Verbündeten zu einer menschlicheren Kriegsführung zu zwingen. Er ließ die Bewohner Altona's, als Unterthanen des mit seinem Herrn vereinigten Königs von Dänemark, aus ihren Häusern treiben und die Stadt anzünden. Das geschah am 9. Januar 1713. Die Rüste war furchtbar, ein bestiger Nordwind machte sie noch schrecklicher. Die unglücklichen Einwohner, Männer, Weiber, Greise, Kinder irrten ohne Obdach, jammernd und halb erfarrt, auf den Eis- und Schneeflächen umher. Sie kamen fast sämmtlich unter den Mauern Hamburgs um, das ihnen in frevelhafter Hartberzigkeit die Thore verschloß.

Gott sei Dank! Dergleichen Grausamkeiten sind in unserem Jahrhundert unmöglich. Seit der französischen Revolution werden Kriege nicht mehr gegen die wehrlosen friedlichen Unterthanen der Fürsten, sondern nur gegen die Heere geführt. Ohne Härte für die mit Krieg überzogenen Landestheile geht es auch heute nicht ab, die Probe o'est la guerre muß auch jetzt noch manche inhumane Handlungen deden; aber letztere finden selbst dann kaum Entschuldigung, wenn sie zur Ausführung der Operationspläne gegen die feindliche Armee unvermeidlich sind. Die einzige Möglichkeit für die Franzosen, die empörrten Araberstämmen zur Unterwerfung zu zwingen, lag in der Zerstörung ihrer Dörfer und Erntefelder. Dennoch hat die öffentliche Meinung der civilisirten Welt den Stab gebrochen über diese grausame Art der Kriegsführung.

Aber was seit länger als einem Jahrhunderte während der wildesten und blutigsten Kriege nicht mehr zu scheitern ist, zieht mitten in der stillsten Friedenszeit über die anschlüßigen Bewohner des kurhessischen Städtchens Frankenau herauf. Unschuldig, denn ihr einziges Verbrechen ist, in Kurhessen geboren zu sein.

Und keine feindlichen Befehlshaber, sondern die eigene Regierung verhängt dieses Verderben über die Stadt. Vor mehreren Monaten ist das Städtchen niedergebrannt; die ohnedies armen Bewohner — wohl die wenigsten von ihnen waren verschert — sind an den

Bettelstob gebracht. Doch die Grausamkeit der Elemente wird überboten durch die Hartberzigkeit der Menschen. Die Stände bewilligen eine reichliche Unterstützung — die Regierung zahlt das Geld nicht aus. Wehr noch! Der Deutsche wird von der Biege bis zum Grade von der Polizei gehütet; er darf nicht geboren werden, noch sterben, viel weniger ein Haus bauen, ohne Erlaubniß oder Einmischung der Polizei, und ohne Abgaben an irgend eine Obrigkeit zu zahlen. Zum Wiederaufbau des abgebrannten Städtchens ist also seitens der Behörden ein Bauplan entworfen worden, und dieser muß von einer höheren Behörde genehmigt werden. Die Genehmigung aber ist bis jetzt nicht zu erlangen gewesen. Warum? Der Unterthan hat zu gehorchen, nicht zu fragen. Das Gland in dem Städtchen ist schon jetzt, mitten im Sommer, unbeschreiblich; der Mangel an genügendem, oft an jeglichem Obdach, muß furchtbare Krankheiten hervorrufen; zur Einbringung der Ernte — der Ackerbau ist fast die einzige Erwerbsquelle des Städtchens — fehlt es an Räumlichkeiten; die Ernte muß unter freiem Himmel verkauft. Selbst wenn aber, was kaum zu erwarten, schon in den nächsten Wochen die höchste Erlaubniß zum Wiederaufbau der abgebrannten Häuser erfolgt; so ist der Aushau doch in der Sentezeit, in welcher es ohnedies an Händen fehlt, unmöglich, und der Herbst muß vollends die Vollendung der Bauten hindern. Für den Winter aber erwartet einen Theil der Frankenauer das Schicksal, durch welches die Bewohner Altona's im Jahre 1713 getroffen wurden.

So weit die „Bresl. Ztg.“. Unhört ist ferner, daß eine Deputation der Unglücklichen, welche in dieser Sache vor dem „Landesvater“ (!!) erscheinen wollte, von diesem nicht vorgelassen wurde.

Man ist nicht nur grausam, man ist es mit Methode.

In einer Sache, in welcher schleunigst helfend einzuschreiten unabweisbare Pflicht einer jeden Regierung war, in der auch nur ein Funke von Anstandesgefühl und Humanität noch vorhanden — in einer solchen Sache wollen die Betroffenen sich an die höchste Stelle des Landes wenden und — man läßt sie nicht vor.

Der ganze Sachverhalt von Anfang bis zu Ende ist tief charakteristisch für die Zustände unseres Vaterlandes. Darum sollte man nirgends leicht darüber hinweggehen, sondern sich denselben in seiner ganzen Bedeutung vor Augen stellen.

Der Vorgang beweist nämlich in erschreckend unzweideutiger Weise, — wir freilich bedürften dieses Beweises nicht, aber für Andere ist er gut! — daß alle die Verfassungen und der gesammte Rechtszustand in Deutschland nur auf dem Papiere stehen.

Wenn in einem solchen Falle Kammern, Presse und öffentliche Meinung sich ohnmächtig erweisen gegen die launenhafte Willkür eines despotischen Regiments — wie sollte in andern, weniger himmelstreichenden Fällen Hoffnung sein?

Kann Angesichts solcher Thatsachen, wie sie in Kurhessen vorliegen, noch jemand zweifeln, daß nur eine Radikalkur in Deutschland helfen kann? —

Deutschland.

* Berlin, 11. Juli. [Europäischer Congreß. Budget. Militärstatistik.] Die „Bln. Ztg.“ veröffentlicht folgendes Telegramm aus London, 9. Juli: Frankreich hat auf's Neue Unterhandlungen wegen eines europäischen Congreßes mit allen Mächten eröffnet und als Programm desselben die Revision der Verträge von 1815 und eine allgemeine Entwaffnung aufgestellt. General Fürst Wittgenstein hat die Zustimmung des russischen Kaisers bereits nach Paris überbracht. (Nachträglich bringt auch das Wolffsche Bureau dieselbe Nachricht unterm Datum des 10. Juli aus Brüssel und London.) — Die Publikation des Budgets im Staats-Anzeiger wird, wie man den Hamb. Nachr. von hier meldet, nur noch durch äußere Gründe verzögert; namentlich soll der Druck größerer Vorbereitungen nöthig machen. Die der Uebersicht vorausgehenden motivirenden Erklärungen der Staats-Regierung sollen im Großen und Ganzen auf die Ausführung zurückkommen, die der Ministerialbeschlus vom Februar des vorigen Jahres enthielt. Von den sämmtlichen Ministern gegengezichnet, werde die Bekanntmachung doch nicht die Unterschrift des Königs tragen. — Nach den durch das königliche statistische Bureau ermittelten Hauptresultaten der Bevölkerungszählung in Preußen betrug am 3. Dec. 1864 die Militärbewölkerung des Staates 279,414 (oder 11,042 mehr als 1861). Dabei ist die preussische Besatzung in den Erb-herzogthümern mit 12,469, in Frankfurt a. M., Luxemburg, Mainz, Rastatt ic. mit 16,400 eingerechnet. Die stärkste Militärbewölkerung hatte die Provinz Brandenburg, nämlich 60,748, worunter Berlin allein 23,016, es folgt die Rheinprovinz mit 39,282, Schlesien mit 37,474, Preußen mit 32,372, Sachsen mit 29,334, Pommern mit 18,654, Posen mit 17,785, Westfalen mit 14,581, hohenzollern'sche Lande mit 220, Jodegebiet mit 122. Die Gesamtbewölkerung belief sich auf 19,252,363 (oder 761,143 mehr als 1861). Die stärkste Bevölkerung, nämlich 3,346,195, hat die Rheinprovinz, es folgt Schlesien, Preußen, Brandenburg (Berlin mit 632,749), Sachsen, Westfalen, Posen, hohenzollern'sche Lande (64,958) und Jodegebiet 1573.

* Wien, 8. Juli. [Zur Lage. Die Finanzen.] Die Rede des Grafen Thun in der gestrigen Sitzung des Herrenhauses, welche ein nachtes Plaidoyer für die Reaction (Decentralisation) war, hat darum so großes Aufsehen gemacht, weil man allseitig annimmt, daß zwischen dem vom Grafen aufgestellten Programme und jenem der zukünftigen Regierung ein nicht zu verkennender geistiger Zusammenhang bestehe und daß Graf Thun die Mission übernommen habe, die öffentliche Meinung auf die kommenden Ereignisse vorzubereiten. Die Session des weiteren Reichsrathes soll am 17. Juli geschlossen werden. Niemand glaubt, daß er wieder einberufen werden wird. Herr v. Rasbach be-

streitet auf das entschiedenste seine Kompetenz in Sachen Ungarns und namentlich das Recht der Budgetbewilligung auch für die Länder jenseits der Leitha. Da man aber Geld braucht, so wird man sich mit Preußen wegen der Kriegskosten-Entschädigung zu vergleichen suchen. Vielleicht, daß von hier aus eine Wendung der diesseitigen Politik in der Herzogthümer-Frage datiren wird und die Compensations-Frage wieder in den Vordergrund tritt. Was an die Stelle des weiteren Reichsrathes treten soll, darüber scheint man sich noch nicht vollständig klar geworden zu sein, so wie es sich denn überhaupt nicht verkennen läßt, daß in den entscheidenden Kreisen eine ziemliche Kathlosigkeit herrscht, wie dies schon durch die ganz ungebührliche Dauer der Ministerkrisis dargethan wird. Thatsache ist es, daß mit mehr als zwanzig Personen wegen Uebernahme des Finanz-Ministeriums verhandelt worden ist, ohne daß man jedoch zu einem Abschluß gelangen konnte. Es gehört freilich schon eine gute Dosis von Heroismus dazu, um die Erbschaft des Hrn. v. Plener anzutreten und die Fällung eines Danaidenfassers zu unternehmen!

Das Vaterland schreibt in naïver, sich selbst ironisirender Weise:

Unsere Restauration und unsere Reaction ist weder Camarilla, noch Partei, bedarf keiner geheimen Mittel, keiner künftlichen Gewissensträbe und keiner romantischen Garküche; auf offenen Märkte wird sie von allem Volle betrieben, der böhmische und der oberösterreichische Bauer betreibt sie gleichwie der slovenische Hirt und wie der stolze Erbe Arpad's und wie der vom alten heiligen römischen Reich anerkannte Graf und Fürst und wie der Bürgermann in einer mährischen fleißigen Stadt und wie der altreife edle Landmann Tirols. Gewiß ein seltsames Land dies Oesterreich! Und entschieden Liberales, wie „Beti Kaplo“ und erklärte Demokraten, wie „Radobni Pity“ betreiben diese Restauration und Reaction und erklären dabei sogar ganz offen, der Adel ihres Landes sei auch ihr Volk und Blut von ihrem Blut, und sie müßten mit ihm zusammengehen. Gewiß ein unbegreifliches Land dies Oesterreich! Und die Priester der Kirche stellen sich, das Kreuz in der Hand, an die Spitze der Massen des Demos, welche ihre alten heiligen nationalen Deter ansuchen, ihre großen Männer feiern und mit ihrem Herzen so gut und vielleicht noch besser Politik machen, als die klugen Denker dransgen*) mit ihrem Kopfe. Und endlich der oberste Herr dieses Reiches anerkennt diese große Bewegung und stellt ihr verfassungsmäßige Formen in Aussicht und erhofft die Einbeut der Monarchie trotz der Mannigfaltigkeit, ja gerade durch diese. Gewiß ein ganz unsystematischer, unverständlicher Staat, dies Oesterreich!

Da haben wir ja das volle Mittelalter — jeder Stand, jede Gegend etwas Besonderes! Damit wird es im 19. Jahrhundert schwer halten, vorwärts zu kommen. Wenn das neue Ministerium mit dieser Anschauungsweise einverstanden ist — und großentheils, wenn auch nicht in vollem Maße, wird dies wohl der Fall sein, — dann sind wir begierig auf die Ent- oder Verwickelung des neuen Staatenbundes an der Donau. Aber das ist eben der Fluch Oesterreichs: es kann die Macht des Staates nur auf Kosten der Freiheit, die Freiheit nur auf Kosten der Staatsmacht herstellen.

Die Nachricht, daß der desgnirte oder bereits ernannte Nachfolger des Herrn v. Schmerling, Herr Graf Belcredi, einen vierwöchentlichen Urlaub erhalten habe, und denselben zu einer Badekur benutzen werde, hat einiges Aufsehen erregt. Man knüpfte daran die Vermuthung, daß die sehr großen Schwierigkeiten, mit welchen die Bildung des neuen Ministeriums offenbar verbunden ist, so weit reichen, daß selbst Graf Belcredi, dessen Eintritt in das neue Cabinet bisher nicht bezweifelt wurde, wankend geworden sei und seine Theilnahme an der Neugestaltung der Verhältnisse aufgegeben habe. Wie wir jedoch hören, besuchte Herr Graf Mensdorff den Grafen Belcredi noch vor dessen Abreise, um mit ihm zu conferiren. Man bezweifelt an unterrichteter Stelle, daß die Abwesenheit des letztgenannten Staatsmannes, der jedenfalls in der schwebenden Combination stehen bleibt, länger als einige Tage dauern wird.

Unsere schlechten Finanzen sind, wie überall, nur der Ausdruck unseres schlechten Regierungs- und Verwaltungssystems. Das gefallene Ministe-

rium suchte sie zu verbessern, ohne das System selbst zu reformiren. Dies konnte nicht gelingen, und alle die von ihm und besonders vom Finanzminister angewandten Mittel erwiesen sich als nutzlos. Unter ihnen steht das Uebereinkommen mit der Bank vom Dezember 1862 obenan. Der Staat verpflichtet sich, ihr seine Schulden zurückzahlen, um dadurch die Valuta herzustellen. Ein großer Theil dieser Zahlungen ist bereits erfolgt, aber man machte gleichzeitig Anlehen von noch größeren Summen, als diese Abzahlungen betragen. Dies Verfahren möchte man jetzt aufgeben und darum jene Vereinbarung für einige Zeit suspendiren. Die „W. Abendpost“ leugnet zwar diese Absicht; sie besteht aber dennoch, und auf Grund sehr guter Information schreibt heute der bekannte Warren in der den neuen Ministern nahestehenden „Presse“ Folgendes:

„Im Interesse des neuen Finanzleiters wird es liegen, nichts zu verbergen, was seine künftige Verantwortlichkeit erhöhen könnte. Wir werden dann erfahren, wie hoch der Betrag der Bezeichnungen auf unbezogene Staats-Obligationen sich beläuft; wie groß der Gesamtbetrag der schwebenden Schuld ist; wie viele uneinbringliche Steuern noch unter Activen figuriren. Gleichzeitig wird es uns auch zur Kenntniß kommen, welche Summe der neue Minister sich durch Anlehen anzutreiben zutraut. Daß hier eine Grenze besteht, welche nicht allein von den Wünschen und Bedürfnissen des Staates abhängt, braucht nur ganz Unkundigen dargethan zu werden. Wenn bei uns eine Nothlage nicht bestände, so würde es Niemand einfallen, von der Möglichkeit einer Abänderung der Bankakte zu reden. Daß diese auf geschicktem Wege vollzogen werden kann, steht außer Zweifel. Jeder Gläubiger kann seinem Schuldner eine Frist-Erweiterung für zu leistende Zahlungen gewähren. Der Staat wird eine solche nur im Nothfalle begehren, und die Bank wird, wenn sie den Nothfall sieht, dieselbe nicht verweigern wollen. Glücklicherweise wäre der Staat in der Lage, durch Güter, welche der Bank noch nicht übergeben worden, deren Sicherheit zu erhöhen... Man berechnet die jetzigen Bedürfnisse der Finanzverwaltung auf nicht weniger als 140 Millionen Gulden. Um diese anzutreiben, schlagen leitende Financiers ein fünfprocentiges Anlehen in Oesterreichischer Währung vor, das nach ihrer Versicherung nur unter dem Course von 60% Abnehmer finden würde. Aber selbst zum Course von 60 müßte man hierzu ein Anlehen von mehr als 230 Mill. Gulden auf den Markt werfen. Dem Staate würde das so erlangte Geld eine jährliche Verzinsung von etwas mehr als 8 pCt. kosten. Der obige Course wäre gerade so unglücklich für die Finanzen, als es man für das 1860er Lotterie-Anlehen, welches mit 6 pCt. berechnet ist, anstatt 102, zu welchem Preise die letzte Emission ausgegeben wurde, nur 72 erlangt hätte. Aber selbst in dem Falle, daß man sich zu einer solchen Operation entschloße, welche selbstverständlich einen ungeheuren Rückschlag auf alle alten Staatspapiere ausüben, welche namentlich auch alle verpfändeten Staatseffekten tief entwerthen und hierdurch dem Staate eine neue Last auflürden würde, besteht keine Sicherheit, daß man sie ganz zur Ausführung bringen kann. Die zu große Billigkeit eines Papiers erweckt öfters einen Verdacht gegen dessen Sicherheit. Und ist man nur im Stande, einen Theil eines solchen Anlehens unterzubringen, so muß dessen Erlös zur Deckung der laufenden Staatsausgaben allein verwendet werden. Niemand wird bezweifeln, daß jene Ausgaben, welche zur Erziehung des Staates unerlässlich notwendig sind, einen Vorrang behaupten müssen, selbst vor Abzahlung seiner Schulden an die Bank!“

Ausland.

H. Paris, 9. Juli. [Neues nationalökonomisches Werk.] Vor Kurzem ist hier bei Lacroix ein nationalökonomisches Werk erschienen, das sowohl unter den Fachgelehrten, wie im größeren Publikum, welches sich jetzt für die ökonomischen Fragen sehr interessiert, nicht wenig Aufsehen erregt. Unter dem Titel: Mécanique de l'échange (Mechanismus oder Bewegung des Tauschverkehrs) analysirt der Verfasser, Henri Chervinski, dem man sofort den Mathematiker ansieht, die ökonomischen Kategorien: Werth, Geld und Interessen, besonders aber das Bankwesen. Zu bewundern sind an dieser Schrift die Eleganz des Styles und der Formeln, die mathematische Präcision, die Abwesenheit aller Phrasen. Wie der Titel besagt, beschäftigt sich der Verfasser nur mit dem Austausch, also nicht mit der Production, und noch weniger mit der Vertheilung der Produkte. Aber er weiß nach, daß Alles, was man sich von einer Reform

des Credits, überhaupt vom Kredit verspricht auf Illusionen beruht. Obgleich er ein Gegner des Socialismus ist, so kann dieser doch eine große Lehre aus seinen Deductionen ziehen, diejenige nämlich, die der Verfasser selbst, wenn auch auf eine negative Weise, aus ihnen zieht: „der Gedanke kann,“ sagt er einmal, „streng genommen, die Substitution alles Privateigentums durch ein einziges allgemeines Eigentum denken; aber die Unterdrückung der Kapitalinteressen ist (das Privateigentum und den individuellen Austausch vorausgesetzt) undenkbar.“ Der Kredit ist nicht auf Vertrauen basirt, sagt der Verfasser; der Kreditgeber oder Kapitalist tauscht nur mit dem Kreditnehmer gegenwärtige Kapitalien gegen zukünftige aus, und die Interessen sind nichts anderes, als die Differenz des Werthes beider Arten von Kapitalien. Nur diese wird mit den Interessen bezahlt, nicht etwa das Risiko, das der Kapitalist übernimmt. Allerdings setze dieser Austausch die Permanenz des gesellschaftlichen Kapitals voraus, also ein Vertrauen zur gesellschaftlichen Arbeit; aber dieses Vertrauen sei kein persönliches. So lange das zukünftige Kapital, die Arbeit, vom gegenwärtigen oder angebotenen Kapital getrennt ist, muß die Differenz beider Werthe durch Interessen ausgeglichen werden, welche das gegenwärtige Kapital bezieht, und die ebenso wenig unterdrückt werden können, als die Zeit, die zwischen beiden liegt. Die Differenz des Werthes beider Kapitalien ist die Differenz des Nutzens beider. Hiermit fallen alle Illusionen weg, die man sich von der Association der Arbeiter in ökonomischer Beziehung macht. Denn alle Arbeiter der ganzen Welt zusammen genommen repräsentiren nur das zukünftige gesellschaftliche Inventarium. Selbst wenn die Arbeiter im Besitze des gegenwärtigen Kapitals wären, müßten sie die Differenz, welche die Interessen konstituiren, in Rechnung bringen, wie dies jeder Industrielle thut, der zugleich Kapitalist und Arbeiter ist. Die Arbeit ist ein Schaffen neuer Werthe durch Konsumtion, mittelst Zerführung alter vorhandener Werthe. Die Arbeit vermehrt und verbessert das gesellschaftliche Kapital, das allgemeine Inventarium. Ohne diesen Gewinn würde nicht gearbeitet, und ohne Arbeit würde das Kapital nicht permanent sein. Aber dieser Gewinn reicht nur aus, um die Differenz des Werthes zwischen dem gegenwärtigen und zukünftigen Kapital auszugleichen. Mit andern Worten: jede Verbesserung und Vermehrung des allgemeinen Inventars kommt eben nur diesem, dem permanenten gesellschaftlichen Kapitale oder den Besitzern desselben zu gute. Die Beweise, welche der Verfasser für die Permanenz des Kapitals und die Differenz zwischen dem gegenwärtigen und zukünftigen giebt, sind rein mathematischer Natur. — Von derselben Art sind die Beweise, welche er dafür liefert, daß nur die edlen Metalle, Gold und Silber, vorzüglich Gold, die einzigen wirklichen Werthmesser und Tauschmittel sind, daß die Vermehrung oder Verminderung derselben nichts hinzusetzt und nichts wegnimmt vom Gesamtkapitale der Gesellschaft, daß die Schöpfung von Bankbills nichts weiter sei, als eine Fälschung des Geldes und auch dieselbe Wirkung habe, welche sonst, als man schlechtes Geld machte, die Fälschung des Geldes gehabt habe, und daß die Banken auf Deposito- und Diskontoinstitutionen reduziert werden müßten, um den gefährlichen Geldreiz und dem Bankrotte zu entgehen. — Ich kann mich hier natürlich nicht auf die Entwicklungen des Verfassers einlassen, und will nur auf die interessante Erscheinung eines Werkes aufmerksam machen, das nicht ohne Einfluß auf die Tagesfragen der Kreditinstitutionen, der Banken und der Arbeiter-Associationen bleiben wird.

* Paris, 9. Jul. [Tagesbericht.] Dem „Moniteur“ wird aus Frankfurt a. M. eingehend über den Stand der Unterhandlungen berichtet, welche den Abschluß eines Handelsvertrages zwischen dem Zollvereine und Italien und die Anerkennung des letzteren durch die Staaten des ersten zum Gegenstande haben. Der Correspondent des „Moniteur“ findet, daß, nach allen Symptomen zu urtheilen, diese Sache in ganz Deutschland ein lebhaftes Interesse erzeuge; selbst in Bayern jaunge man jetzt an einzusehen, daß Unterhandlung

*) Dransgen, d. d. „im Reich“, im nicht österröichschen Deutschland! (Ann. d. Red. d. Soc.-Dem.)